

## Protokoll

13. Sitzung vom 6. Juni 2011  
Seite 281

---

<b>Behörde</b>	Gemeinderat
<b>Traktanden</b>	Siehe unten
<b>Sitzungsdatum/Zeit</b>	Montag, 6. Juni 2011 , 19.00 Uhr – 21.00 Uhr
<b>Sitzungsort</b>	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstr. 4
<b>Teilnehmende</b>	31 Mitglieder des Gemeinderats und Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
<b>Entschuldigte</b>	Charlotte Baer (Ferien), Monika Greter (Ferien), Thomas Hartmann (berufliche Verpflichtung), Kuno Spirig (berufliche Verpflichtung)

---

### Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokoll vom 28. März 2011
3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
4. Offene Ersatzwahl eines Abgeordneten/einer Abgeordneten in den Zweckverband für Abfallverwertung Horgen für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
5. Weisung 8 vom 29. November 2010 betreffend Erweiterung der Mediothek im Oberstufenschulhaus Steinacher
6. Weisung 9 vom 20. Dezember 2010 resp. 11. Januar 2011 betreffend Volksinitiative „Der Stoffel bleibt grün“
7. ~~Postulat von Thomas Hartmann, SP, vom 17. August 2010, überwiesen am 4. Oktober 2010, betreffend Verbesserung Sicherheit am Bahnhof; Beantwortung~~
8. Interpellation von Daniel Tanner, SP, vom 30. November 2010, überwiesen am 24. Januar 2011, betreffend Unterführung Bahnhof Wädenswil Süd; Beantwortung
9. Postulat der GP-Fraktion, vom 24. März 2011, betreffend Strom ohne Atom; Begründung
10. Interpellation SVP Wädenswil, vom 25. März 2011, betreffend Wegzug BASF; Begründung
11. Postulat der GP-Fraktion, vom 11. April 2011, betreffend Energiestadt Gold; Begründung
12. Postulat von Jonas Erni, SP, vom 15. Mai 2010, überwiesen am 7. Juni 2010, betreffend Landschaftsentwicklungskonzept (LEK); Beantwortung

13. Postulat der EVP-Fraktion, vom 28. Januar 2010, überwiesen am 12. April 2010, betreffend Sicherheit Kreuzung Fuhrstrasse / Rotweg; Beantwortung
14. Einbürgerungen:
  - ALIU Azem mit seiner Ehefrau Sahide, geb. Hasani und ihrem Sohn Lorik, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Im Staubeweidli 15
  - ASANI geb. Ismaili, Mirlinda, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Schönenbergstrasse 18
  - DOMINGUEZ LOSADA Jose Antonio, spanischer Staatsangehöriger, wohnhaft Au-Wädenswil, Aubrigstrasse 9
  - GACAFERI geb. Zhuta, Hanife mit ihrem Ehemann Avdi und den Söhne Ideal und Aulon, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 13

**Gemeinderatspräsident Tobias Mani** teilt mit, dass aufgrund der Abwesenheit von Thomas Hartmann, das Geschäft 7 auf die nächste Sitzung verschoben werde.

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

## 1. Mitteilungen

**Gemeinderatspräsident Tobias Mani** begrüsst Andreas Gut als neues Gemeinderatsmitglied. Er sei für den zurückgetretene Aurele Greter von der CVP nachgerutscht. Er heisse ihn herzlich willkommen und wünsche ihm alles Gute.

Ebenfalls teilt er mit, dass die Ratsekretärin darum bittet, in Zukunft bei Vorstössen zu vermerken, wer den Vorstoss im Rat begründe. Ebenfalls weise er darauf hin, dass der Sitzplan baldmöglichst erneuert werde. Bis anhin habe dies immer die Zürichsee-Zeitung übernommen, in Zukunft werde dies aber die Stadt bearbeiten. In diesem Zusammenhang möchte er auch erwähnen, dass Albert A. Stahel, welcher von der SVP zur GLP gewechselt habe, neu an einem anderen Ort seinen Sitzplatz habe.

### **Wahl des Tagesstimmenzählers:**

Aufgrund der Abwesenheit von Stimmzähler Kuno Spirig muss ein Tagesstimmenzähler gewählt werden. Das Büro schlägt **Hanspeter Andreoli** vor. Der Vorschlag wird nicht erweitert.

#### 1.1 Eingänge

- Einladung zur GR-Sitzung vom 6. Juni 2011
- Einladung zum grow Apéro
- Erdgas/Kantonales Turnfest Flyer
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion vom 1. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010 betreffend Wädenswiler Studenten Jahresfest

- Beantwortung der Interpellation vom 24. Januar 2011, überwiesen am 28. März 2011 betreffend Gewerbebauland in der Au ZH sowie der Zone für öffentliche Bauten (Kat.-Nr. 8880)
- Bericht und Antrag zur Weisung 9 vom 20. Dezember 2010 bzw. vom 11. Januar 2011 betreffend Volksinitiative "Der Stoffel bleibt grün"
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Mai 2010, überwiesen am 21. Juni 2010 betreffend Ermahnung der Hundehalter über ihre Pflichten
- Bericht zum Postulat der SP, EVP/EDU, GP und GLP vom 6. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010 betreffend Attraktivität des Radwegnetzes in Wädenswil
- Protokoll der GR-Sitzung vom 28. März 2011
- Weisung 10 vom 18. April 2011 betreffend Eingliederung der Freizeitanlage (FZA) Untermosen in die Stadt
- Ausladung zur GR-Sitzung vom 16. Mai 2011
- Beantwortung der Interpellation der CVP-Fraktion vom 23. November 2010, überwiesen am 24. Januar 2011 betreffend Begabungs- und Begabtenförderung (Begafö)
- Bericht zum Postulat der EVP-Fraktion vom 28. Januar 2010, überwiesen am 14. April 2010 betreffend Sicherheit Kreuzung Fuhrstrasse / Rotweg
- Bericht zum Postulat von Jonas Erni, SP-Gemeinderat, vom 15. Mai 2010, überwiesen am 7. Juni 2010 betreffend Landschaftsentwicklungskonzept (LEK)
- Bericht und Antrag zur Weisung 8 betreffend Erweiterung der Mediothek im Oberstufenschulhaus Steinacher
- Schriftliche Anfrage der CVP-Fraktion vom 8. April 2011 betreffend Betreuungsangebot der Primarschule
- Postulat der GP-Fraktion vom 11. April 2011 betreffend Energiestadt Gold
- Rechnung 2010
- Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 2. April 2011 betreffend Wegzug BASF und zur Standortförderung des Industrie- und Dienstleistungsstandorts Wädenswil
- Geschäftsbericht der Stadt Wädenswil 2010
- Interpellation der SVP-Fraktion vom 25. März 2011 betreffend Wegzug BASF
- Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion vom 30. März 2011 betreffend Fluktuation bei der Polizei Wädenswil
- Postulat der GP-Fraktion vom 24. März 2011 betreffend Strom ohne Atom

## **1.2 Überweisungen**

Am 13. Mai 2011 wurde die Weisung 10 vom 18. April 2011 betreffend Eingliederung der Freizeitanlage (FZA) Untermosen in die Stadt, zur Vorberatung an die Sachkommission überwiesen.

## **2. Protokollabnahme**

Das Protokoll der Sitzung vom 28. März 2011 wird genehmigt.

16.04.45

**3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2010-2014**

Auf Vorschlag der einstimmigen IFK wird als **Mitglied der Bürgerrechtskommission** ohne Erweiterung und ohne Auszählung als gewählt erklärt:

**Andreas Gut, CVP**

34.00

**4. Offene Ersatzwahl eines Abgeordneten/einer Abgeordneten in den Zweckverband für Abfallverwertung Horgen für den Rest der Amtsdauer 2010-2014**

Auf Vorschlag der einstimmigen IFK wird als **Abgeordneter in den Zweckverband für Abfallverwertung Horgen** ohne Erweiterung und ohne Auszählung als gewählt erklärt:

**Andreas Gut, CVP**

28.03.31

**5. Weisung 8 vom 29. November 2010 betreffend Erweiterung der Mediothek im Oberstufenschulhaus Steinacher**

**Eintretensdebatte:**

Die Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Christian Zurfluh Fraefel übergibt das Wort an Beat Wiederkehr.

**Beat Wiederkehr, CVP**, teilt mit, dass das Projekt der Mediothek im Steinacher ausführlich in der stadträtlichen Weisung beschrieben worden sei. Im Bericht und Antrag der GRPK werde ergänzend der rechtliche Hintergrund des Geschäfts beleuchtet. In seinen mündlichen Ausführungen halte er sich deshalb kurz.

Die Gemeindeversammlung der OSW habe am 30. November 2011 beschlossen, im Jahr 2011 Fr. 398'000.-- in eine neue Mediothek in der Schulanlage Steinacher zu investieren. Ausserdem sei entschieden worden, dass die OSW die Vorfinanzierung der Stadt im gleichen Jahr vollständig amortisiere. Die politische Gemeinde sei Eigentümerin der Schulgebäude der OSW. Für einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 300'000.-- sei der Gemeinderat zuständig. Aus diesem Grund unterbreite der Stadtrat dem Parlament diese Vorlage. Anlässlich der Prüfung des Geschäfts hatte die GRPK festgestellt, dass sich OSW und Stadt über den Investitionsbedarf der Oberstufenschule nicht optimal abgesprochen haben. Ferner habe die Kommission den Eindruck, dass die Vereinbarung zwischen den beiden Gemeinden über die Nutzung und Entschädigung der Infrastruktur nicht in allen Teilen praxisgerecht sei. So sei zum Beispiel vorgesehen, dass lediglich Kleinauslagen bis Fr. 10'000.-- durch die OSW beglichen werden sollen, was jedoch nicht so gehandhabt werde. Die GRPK empfehle deshalb, die Vereinbarung zu überarbeiten und insbesondere die Kompetenzen sowie die Finanzierungsprozesse praxisgerechter zu definieren.

Eine Delegation der GRPK habe zusammen mit Vertretern der OSW und dem Architekten die bestehende Mediothek im Schulzentrum Fuhrstrasse sowie die Räumlichkeiten im Steinacher begutachten lassen und sich auf diese Weise ein gutes Bild über das geplante Vorhaben machen können. Die GRPK erachte das Projekt als sinnvoll und im Rahmen der Kostenschätzung, auf der Basis der Richtofferten, für realisierbar. Die Investitionsausgaben der Stadt würden von der OSW im gleichen Jahr wieder zurückbezahlt.

Die einstimmige GRPK beantrage deshalb Eintreten zur Weisung 8 und Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrats.

**Stadtrat Finanzen Paul Rota**, verkündet, dass sie zwar formell Antragsteller seien, zur sachlichen Diskussion könne er jedoch nicht ausserordentlich viel beitragen und vor allem nichts Gescheiteres als bereits geschrieben worden sei. Die GRPK habe genug Gelegenheit gehabt, sich vor Ort ein Bild zu machen. Er habe gehofft, er hätte Unterstützung von der OSW und könne allenfalls jemand in den "Zeugenstand" rufen, aber das sei heute nicht der Fall.

Grundsätzlich sehe die geltende Vereinbarung 2003 vor, dass die Investitionen über die Stadt laufen und in Abgleichungen der Kompetenzen – in diesem Falle durch den Gemeinderat – bewilligt werden müssen. Die OSW führe keine Investitionsrechnung. Die Investitionen würden üblicherweise mittels Annuität an die OSW weiterverrechnet werden und belasten die städtische Rechnung nicht.

In diesem Fall soll der ganze Betrag im 2011 durch die OSW über die laufende Rechnung an die Stadt ausgeglichen werden. Wie weit dies für die Rechnung der OSW verträglich sei, müsse der Gemeinderat beurteilen, resp. habe die GRPK anlässlich der Budgetdiskussion bereits beurteilt und sei nicht Thema des heutigen Abends. Die Investitionen der OSW hätten sie anlässlich der letzten Budgetsitzung mit gesamthaft Fr. 670'100.-- ins Budget der Stadt eingestellt.

Die Empfehlung der GRPK zur Überprüfung der Finanzkompetenz zwischen OSW und Stadt hätten sie zur Kenntnis genommen und würden eine praktikable Lösung bis zum Budget 2012 erarbeiten.

Er bitte darum im Namen der OSW und des Stadtrats auf die Weisung einzutreten und zuzustimmen.

**Abstimmung zum Eintreten:**

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 8 betreffend Erweiterung der Mediothek im Oberstufenschulhaus Steinacher.

### **Detailberatung:**

**Ivo Peyer, BFPW**, teilt mit, dass sie vom BFPW und der SVP dem Antrag der GRPK allen Punkten der Weisung zuzustimmen, unterstützen. Eine kleine Anmerkung hätten sie jedoch noch.

Aus ihrer Sicht sollte die Empfehlung, den Finanzierungsprozess und die Entscheidungskompetenzen zwischen der politischen Gemeinde und der OSW zu überprüfen und praxisgerechter zu regeln, ein Auftrag sein. Es könne und dürfe nicht sein, dass sich die Exekutive und die Legislative mit Arbeiten befassen, welchen der Gemeinderat nur zustimmen könne. Die OSW habe diesen Umbau bereits bewilligt und finanzieren diesen auch. Die politische Gemeinde werde jetzt nur noch als "Abwicklungs- und/oder Zahlstelle" missbraucht. Die OSW werde nach Fertigstellung der Umbauten die gesamten Investitionen der Stadt zurückzahlen, bzw. komme für diesen Betrag auf.

Sie bitten den Stadtrat und die OSW, diesen Prozess neu zu regeln, damit nicht noch mehr Stellen, Kommissionen, etc. involviert seien. Dies auch im Hinblick auf die anstehenden weiteren Investitionen in der Schulanlage Steinacher.

### **Schlussabstimmung:**

Der Rat stimmt einstimmig der Weisung 8 betreffend Erweiterung der Mediothek im Oberstufenschulhaus Steinacher zu.

04.05.10/16.04.25

## **6. Weisung 9 vom 20. Dezember 2010 resp. 11. Januar 2011 betreffend Volksinitiative "Der Stoffel bleibt grün"**

### **Eintretensdebatte:**

**Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner**, teilt mit, dass vor fast 40 Jahren, im Jahr 1972, die Gemeindeversammlung einen Antrag ablehnte, im Stoffel eine Zone mit bis zu sechs möglichen Geschossen zuzulassen. Sieben Jahre später sei die Diskussion um die Zukunft des Stoffels erneut entbrannt, als für die neue Raumplanungsgesetzgebung ein Richtplan mit Zonenordnung festgelegt werden musste.

Auf Drängen vom Komitee Pro Stoffel sei der damalige Stadtrat dazu bewegt worden, bei der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) ein Gutachten zur Beurteilung der Planungssituation im Stoffel in Auftrag zu geben. Dieses sei zum Schluss gekommen, dass eine vollständige Zuweisung des Stoffels zur Reservezone raumplanerisch richtig sei. Worauf der Richtplan im März 1982 so festgesetzt worden sei, dass der ganze Stoffel statt in die Wohnzonen in die Reservezone zu liegen kam. Zwei Jahre darauf, im November 1984, habe der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrats der damaligen Grundeigentümerin 3.5 Hektaren Land abgekauft. Seit dieser Zeit sei es um den Stoffel, abgesehen von ein

paar kleineren Umständen wie einem Projekt für eine Privatklinik und den Ausbau der Tiefenhofstrasse, recht ruhig.

Die aktuelle Weisung 9 basiere im stadrätlichen Beschluss zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung für das Gebiet Stoffel-Tiefenhof. Als Folge davon habe die SP Wädenswil die Initiative "Der Stoffel bleibt Grün" lanciert und eingereicht. Mit der Weisung 9 beantrage der Stadtrat die Initiative abzulehnen und schlage vor, die Reservezone in die Freihalte- und Landwirtschaftszone zu überführen. Ausgenommen von der Umzonung seien knapp 2 ha im östlichen Bereich, wovon zwecks Abtausch maximal 0.6 ha in Zone W2/30% umgewandelt werden sollten. Der Stadtrat komme mit seiner Ausführung zum Schluss, dass die Volksinitiative, mit dem Ziel das Naherholungsgebiet Stoffel als solches zu erhalten, auch seinen Absichten entspreche.

Wie aus dem Bericht bereits hervorging, seien aus der Kommissionsarbeit ein Mehrheits- und ein Minderheitsantrag hervorgegangen. Die Kommissionsmehrheit sehe in der Weisung 9 eine adäquate Antwort auf die unterschiedlichen Begehrlichkeiten. Die Kommissionsmehrheit befürworte die Absicht des Stadtrats, den westlichen Teil des Stoffels unbebaut zu lassen, so wie es auch der Kanton im aktuell zur Vernehmlassung aufgelegten Richtplan vorsehe. Die Weisung 9 werde deshalb von der Kommissionsmehrheit als ein valabler Kompromiss bewertet. Mit dem stadrätlichen Gegenvorschlag werde die Grünerhaltung eines grossen Teils des Stoffels sichergestellt, so wie es auch die Baudirektion im Richtplan vorsehe. Andererseits werde mit dem Belassen in der Reservezone von fast 2 ha Land im östlichen Teil des Stoffels den Interessevertretern, die für ein Ausdehnen von Bauzonen in Wädenswil anstreben, entgegengekommen. In der Abwägung vom Erhalt von neuen Wohn- und Gewerbezone gegenüber der Freihaltung als Naherholungsgebiet und dem natürlichen Unterbruch zwischen den beiden Siedlungsgebieten Wädenswil-Au werte die Kommissionsmehrheit den Erhalt des Stoffels eindeutig wichtiger ein und anerkenne somit den grossen Wert für Mensch und Natur. Die Kommissionsmehrheit empfehle die Annahme aller vier Anträge. Eine Kommissionsminderheit sehe in der Weisung 9 mehr Nachteile, weshalb sie die Änderungen des Antrags 3 in der Art beantrage, dass die gesamte Reservezone des Stoffels in dieser verbleiben solle.

Die Raumplanungskommission beantrage dem Gemeinderat einstimmig, auf die Weisung 9 einzutreten. Mehrheitlich empfehle sie Zustimmung zu den Anträgen eins bis vier.

**Simon Kägi, GP**, teilt mit, dass sich die Grünen seit Jahren für den Erhalt des Stoffels – die grüne Lunge von Wädenswil – einsetzen. Heute Abend habe der Rat die Möglichkeit Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen. Er danke vor allem der SP, die dieses Thema als Volksinitiative aufs Parkett gebracht haben und allen Wädenswilerinnen und Wädenswiler die die Initiative unterzeichnet haben und somit ein starkes Volkszeichen gesetzt haben. Sie nehmen die Unterzeichnenden ernst und sagen deshalb ebenfalls ja zum Stoffel.

**Thomas Bürge, FDP**, teilt mit, dass der Stoffel seit Jahrzehnten ein Politikum sei. Zuerst komme aber ein kurzer Ausschnitt aus der Geschichte:

Am 26. September 1990 sei in der Zeitung informiert worden, dass die Stadt Wädenswil 21'675 Quadratmeter Land im Stoffel zu einem Preis von Fr. 2.28 Mio. kaufe. Dieses Land werde dem Land das die Stadt bereits besitze, hinzugefügt. Bereits im Jahr 1990 war klar, dass ein Landkauf entweder günstiges Bauland bringen werde, oder allenfalls bei einem Nichtkauf, später langwierige Entschädigungsverfahren mit ungewissem Ausgang entstehen würden. Dieses Land sei gekauft worden, und seit diesem Zeitpunkt zu Kapitalfolgekosten von 5%, also rund Fr. 114'000.-- verzinst worden. Bei einer Umzonung gemäss Weisung 9, sprich einer Entwertung von Land, werde viel Geld vernichtet. Das seien die direkten Verluste bei einer Umzonung in eine schlechtere Zone sowie die Verluste von bereits geleisteten Kapitalfolgekosten.

Zum Minderheitsantrag:

Zürich sei die Wirtschaftsmetropole der Schweiz. Viele Firmen, die Arbeitsplätze schaffen und sichern haben sich in Zürich und im Kanton Zürich angesiedelt. Ein stetes Wachstum sei die Folge gewesen. Diese Zunahmen der Bevölkerung habe auch die Nachfrage nach Bauland und allgemeinem Wohnraum zur Folge gehabt. Man sei in der glücklichen Lage, in einem wirtschaftlich florierenden und zudem wunderschönen Gebiet zu wohnen. Das habe aber auch die Zunahme der Bevölkerung und damit die Bautätigkeit seeaufwärts geprägt. Eine massgebende Folge dieser Entwicklung zeige sich in den Landpreisen und Mieten. Würde man freiwillig verfügbares, überbaubares Land durch eine Auszonung umzonen, sprich man würde das Land künstlich verknappten, würde die Bodenpreise zusätzlich steigen - Angebot und Nachfrage. Mit einer Umzonung in Landwirtschaftsland würde man der zukünftigen Generation ihre Optionen für benötigte Bau- und Wohnmöglichkeiten schmälern.

Kurz: Man würde mit einer Umzonung kurzsichtig und eigensinnig handeln. Wer wolle als Verhinderer und Förderer des Stillstands in die Annalen eingehen? Wolle man mit einer Verknapptung von verfügbarem Land den Spekulationen noch Vorschub leisten? Wollen die Linken sich dem Vorwurf aussetzen, dass gerade sie es seien, die das begünstigen? Heute sei die Chance, da klare Position zu beziehen. Sie seien für ein offenes, zukunftsorientiertes Wädenswil. Sie wollen eine gute Durchmischung von Jung und Alt, Neuzuzüger und Alteingesessene, ein guter Mix von Steuerzahlern, kurzum ein Wädenswil, das sich nicht selber im Weg stehe, wenn es um die Zukunft gehe, sondern bereit sei, ein vorwärtsgerichteter Kurs einzuschlagen. Das Motto: Bauen an der Zukunft und nicht die Zukunft verbauen.

Solche für Wädenswil wichtige Themen sollten nicht aufgrund von Wahlkampfstrategien an Bürger falsch verkauft werden, oder noch schlimmer durch eine Partei falsch beraten werden. Wichtig sei auch zu wissen, dass der Minderheitsantrag nicht verlange, dass der Stoffel sofort oder in den nächsten Jahren überbaut werde. Es werde aber die Grundlage geschaffen, gut und den Bedürfnissen entsprechend zu planen und dem Stadtrat eine gute Position für Verhandlungen entgegen dem Richtplan zu geben. Mehrere Organisationen wie zum Beispiel die ZPZ (Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg) würden gegen das enge Korsett des Kantons kämpfen, nur Wädenswil gebe kampflos auf. Auch sei die Frage der Entscheidungen nicht beantwortet. Sämtliche private Besitzer der Grundstücke werden sicher klagen

und eine Entschädigung einfordern. Diese langwierigen Entschädigungsverfahren bräuchten viel Zeit und Geld. Und ein guter Ausgang für die Stadt sei auch nicht garantiert.

Weiter dürfe ein Landabtausch mit dem Gebiet im Neubüel nicht mit der Weisung 9 vermischt werden. Ob und wie ein Landabtausch stattfinden könne, stehe in den Sternen und könne nicht garantiert werden. Es bestehe auch keinerlei Rechtssicherheit. Auch Versprechen gegenüber dem Gewerbe könne und dürfe man im Moment nicht als Strategie für allfällige "Chuehandel" nutzen.

**Marcel Bättig, SVP**, frage sich, was es brauche, damit die Einwohnende sich in Wädenswil wohl fühlen oder überhaupt nach Wädenswil ziehen, und wann Wädenswil als Wirtschaftsstandort attraktiv sei. Je nach politischer Ausrichtung würde es verschiedene Antworten geben. Aber gewisse Punkte werden dieselben sein und seien auch diejenige, welche für die SVP seit Jahren besonders wichtig seien, so zum Beispiel tiefere Steuern, ein gesunder Finanzhaushalt, Sicherheit, Bildungsstandort, aber auch gute Wirtschaftsbedingungen, Gewerbe und Arbeitsplätze.

Für ein attraktiver Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsraum sei es aber zwingend notwendig, dass die zahlbaren Mietwohnungen vorhanden seien oder gebaut werden können. Für dies brauche man Bauland oder zukünftige Baureserven. All dies seien Voraussetzungen, dass Menschen nach Wädenswil ziehen. Dies werde ihrer Meinung nach mit der Initiative und der Weisung 9 verunmöglicht. Genau darum sei es im Minderheitsantrag gegangen, in dem sie den Punkten 1, 2 und 4 zustimmen, aber die Änderung vom Antrag 3 verlange und zwar, dass die Reservezone C im Plan im gesamtem Stoffel zu verbinden sei.

Folgende Hauptargumente haben sie zu dem Minderheitsantrag bewogen: Das wichtigste seien Baulandreserven für den Wirtschaftsstandort Wädenswil und der Wohn- und Lebensraum für zukünftige Generationen. Zurzeit boome die Wirtschaft, Personen strömen in die Schweiz und auch nach Wädenswil. Sie suchen hier Arbeit und Wohnraum, sowohl zur Miete als auch zum Kauf. Für das brauche es Bauland und Reserven für eine zukünftige Entwicklung. Fehle Bauland so steigen die Preise von bestehenden Mietwohnungen und Ein- und Mehrfamilienhäuser. Zudem werde die Attraktivität von Wädenswil als Wirtschaftsraum massiv eingeschränkt. Der Stoffel sei in dieser Hinsicht für die zukünftige Entwicklung von Wädenswil und vor allem der Au eminent wichtig. Mit der Annahme dieser Initiative bzw. der Weisung 9 werde diese Entwicklung massiv behindert. Wolle man dies tatsächlich? Und wer kenne die Bedürfnisse der zukünftigen Generationen? Daher fordern sie, dass die Landparzelle im Stoffel in der Reservezone belassen werde. Die nächste Generation habe ein Recht die Entwicklung selber zu entscheiden. Sie möchten mit ihrem Minderheitsantrag die baurechtliche Entwicklung somit weder behindern noch stoppen.

Sie möchten, dass Wädenswil in Zukunft ein Mittel habe, gegen die Preisexplosion vorzugehen und weiterhin für jedermann attraktiv zu bleiben und die nötigen Perspektiven dazu zu haben. Viele hier im Rat haben Kinder oder wollen später Kinder haben. Auch diese möchten später vielleicht selber etwas bauen und was sage man dann? Entschuldigung, ihr habt keine Chance dazu, weil der Gemeinderat im 2011 das potentielle Wohnland den Jungen

entzogen habe. Er möchte den Entscheid nicht fällen. Bauland sei für die Zukunft von Wädenswil enorm wichtig. Möchte sich Wädenswil entwickeln, benötige man Baulandreserven.

Warum der Antrag 3 der Weisung 9 der falsche Weg sei:

Man möchte einen Beitrag an die Attraktivität von Wädenswil in den Punkten Wohn-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort leisten.

Das weitere wichtige Argument sei günstiger Wohnraum. Es sei offensichtlich, dass die Bodenpreise in den letzten Jahren gestiegen seien – auch in Wädenswil. Dies habe einerseits damit zu tun, dass das Angebot mit der Nachfrage kaum mithalten möge, andererseits wegen der stetig steigenden Bevölkerungszahl in der Schweiz. In den letzten vier Jahre sei die Bevölkerung der Schweiz um 350'000 Personen gestiegen, was sich auch auf Wädenswil auswirke. Komme dazu, dass die Wohnfläche pro Kopf seit 1980 durchschnittlich von 34 m<sup>2</sup> auf über 45 m<sup>2</sup> gestiegen sei. Mit der Zustimmung zur Weisung 9 werde das nötige Bauland verknappt. Günstige Wohnungen zu bauen, was vor allem von den Rats-Linken gefordert werde, würde in Zukunft weitgehend verunmöglicht. Sie stehen mit ihrem Minderheitsantrag für günstigen Wohnraum ein. Die Parzellen seien zum grössten Teil Land der Stadt Wädenswil, wobei man die idealen Bedingungen für günstigen Wohnraum selber definieren könne. Man habe die Möglichkeiten diese Parzellen mit Sonderbauvorschriften oder Gestaltungspläne an Bedingungen zu knüpfen. Sei es im Sinne von günstigen Wohnungen oder aber auch beispielsweise von speziell energiesparende Überbauungen. Verknappe man die Bauflächen sei dies vollkommen unrealistisch und heize so die Preisexplosion an. Man möchte auch zukünftigen Familien garantieren, dass sie in der Zukunft in Wädenswil und in der Au zahlbare Wohnungen mieten können. Darum sei die SVP für den Minderheitsantrag.

Weiter mit der Gemeindeautonomie; Der Kanton lege Vorgaben fest wie die Raumplanung in den nächsten Jahren aussehe und aussehen solle. Aber wolle man sich immer vom Kanton vorschreiben lasse, wie es mit der Entwicklung in den nächsten 30 Jahren aussehen soll? Er sehe, der Präsident der Raumplanungskommission schüttle schon den Kopf. Er habe Recht, dies sei keine Gemeindeautonomie. Wie man die aktuelle Planung im Kanton wirklich beeinflussen könne, sei ungewiss. Seien die Parzellen aus dem Stoffel aus der Reservezone draussen, sei eine Wiedereinzonung unmöglich. Sie möchten den Trumpf dieser Landparzellen nicht einfach ohne Zwang aus der Hand geben.

Gerade seine Partei stehe ein für die Umwelt und den ökologischer Umgang mit den Reserven und den Ressourcen in den Landschaften. Wädenswil habe nicht nur den Stoffel, sondern auch den Wädenswiler Berg, den See und vieles mehr. Sie begrüessen zwar das Grundanliegen, finden aber die Freihaltezone aus verschiedenen Gründen den falsche Weg.

In diesem Sinne sei die SVP für Eintreten und für den Minderheitsantrag.

**Rahel Sonderegger, EVP**, erklärt, dass die EVP/EDU-Fraktion den Vorschlag des Stadtrats, eine massvolle Entwicklung in diesem Gebiet und Rücksichtnahme auf die Ideen der Initianten, unterstützen. Sie glauben, dass die Bevölkerung von Wädenswil und der Au nicht bereit sei, weitere Gebiete zu überbauen. Auch wenn dies – wie schon erwähnt, sollte der Minderheitsantrag angenommen werden – nicht heute und morgen passieren werde. Sie

glauben auch nicht, dass eine Umzonung im Gebiet Stoffel die anderen Bodenpreise ansteigen lasse. Spekulationen könne man aber so oder so nicht verhindern, auch wenn das Land mehrheitlich der Stadt gehöre. Ein aktuelles Beispiel sehe man auch an der Überbauung an der Johannes-Hirt-Strasse, denn unter einem Haus bauen, verstehe sie nicht günstigen Wohnraum. Zudem gebe man gegenüber dem Kanton ein Trumpf aus der Hand. Wenn man dem Kanton den Stoffel als Freihaltezone "anbieten" könne, habe man im Gebiet von der Hintere Rüti eine Handhabung gegenüber dem Kanton, damit man solche Gebiete mehr für die Industrie einsetzen könne. Spannend sei, dass genau das Argument von der Gegenseite in der Kommission vorgebracht worden sei.

Daher sei die EVP/EDU-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zur Weisung 9.

**Ivano Coduri, SVP**, teilt mit, dass er städtebaulich noch etwas hinzufügen möchte. Das Gebiet Stoffel bilde ein sinnvolles Entwicklungsgebiet, welches als Bindeglied zwischen Wädenswil und Au wirke. Die Erholungszonen respektive Grünzonen von Wädenswil würden die Seekante mit der Halbinsel Au sowie der Wädenswiler Berg bilden. Die bereits vorhandene Infrastruktur und Erschliessung könne mit einfachen Mitteln ergänzt werden. Grünräume als Erholungsraum (parkartige Aktivierung) seien bereits vorhanden. Dies seien der Blattmann-Wald und der Winterberg. Auch könnten die bereits bestehenden Bauernhöfe im Zentrum einen zusätzlichen Grünraum (parkartig) definieren und in die Bebauungsstruktur aufgenommen und integriert werden. Kombiniert mit Gemeinschaftszentrum, Sportplatz und Freizeitgestaltung.

Da die Bauzone im Stoffel nicht eine 1a Zone darstelle, könne in der Fläche eine Bebauungsstruktur für günstige Wohnungen und Wohnen im Alter geschaffen werden. Die Hangkante zum See biete sich für Wohnen mit erhöhtem Standart an, was eine gute Durchmischung der Bevölkerungsschichten zur Folge hätte. Bei einer Bebauung würde ein Gestaltungsplan (Masterplan) als Instrument dienen, um Bebauungsstrukturen zu definieren.

**Präsident der Raumplanungskommission, Daniel Tanner**, erklärt, dass auch die SP für den Gegenvorschlag einstehe und für Eintreten auf die Weisung 9 sei.

**Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser**, gibt an, dass er sich vorab bei der Raumplanungskommission für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken möchte. Der Stoffel sei seit Jahrzehnten ein heiss diskutiertes Thema in der Wädenswiler Politlandschaft. Früher sei es um Einzonungen, um Neubauten und um die dazu notwendige Erschliessungsstrasse gegangen. Geplant gewesen sei, dass die Stoffelstrasse von der Au bis hin zum Stoffelweg in Wädenswil führe. Tatsächlich sei das ganze Gebiet im Jahre 1964 bis 1984 rechtskräftig in die Zone W2 umgezont worden. Anlässlich eines Baubewilligungsverfahrens im Jahre 1979 sei eine Grundsatzdiskussion geführt worden, und als Folge davon sei das entsprechende Baugesuch abgelehnt worden. 1983 sei das ganze Areal in die Reservezone herabgestuft worden. Dies natürlich nicht zur Freude aller Grundeigentümer, darum seien viele davon hier im Saal anwesend. Heute gehe es um Erholung und Landwirtschaft, und man spreche ganz selbstverständlich vom "grünen" Stoffel.

Die Exekutive habe bereits vor vielen Jahren die Brisanz des Stoffelareals erkannt und einen grossen Teil der Flächen gekauft. Die einen Stadträte sahen darin wohl einen spekulativen Kauf von zukünftigem Bauland, die anderen wohl eher die Sicherung der Parzellen vor der Überbauung. Tatsache sei, dass die Stadt Wädenswil Eigentümerin von rund 6 ha Land an der Peripherie des Siedlungsgebietes sei. Für diese Flächen seien rund Fr. 6 Mio. Steuergelder bezahlt worden. Der heutige Wert wäre je nach Zone ein Mehrfaches davon. Die heutige Weisung 9 beziehe sich einerseits auf das Kernanliegen der Initianten, den "grünen" Stoffel, andererseits beinhalte sie ein Anliegen des Stadtrats, eine rechtskräftig eingezonte Parzelle an exponierter Stelle abzutauschen gegen eine gleichgrosse Parzelle im Anschluss an die heute bestehende Bauzone. Mit diesem Abtausch würde die gut einsehbare Krete gegen den See dauerhaft frei von Bauten bleiben und die Erschliessung der abgetauschten Fläche würde wesentlich vereinfacht. Diese Parzelle sei aber auch der wesentliche Unterschied zur Initiative. Sollte nämlich an einer allfälligen Urnenabstimmung die Initiative angenommen werden, würde genau diese Krete weiterhin in der Bauzone verbleiben und könnte jederzeit überbaut werden. Der Gegenvorschlag des Stadtrats zur Initiative nehme bis auf 10% der geforderten Fläche die Anliegen der Initianten auf und lasse eine minimale bauliche Entwicklung für die nächste Generation offen. Der Stadtrat sei der Überzeugung, dass dieser Kompromiss für alle Seiten ein zufriedenstellender sei. Dies auch unter Einbezug der weiteren Massnahmen, wie sie auf der Seite 6 der Weisung zu finden seien. In der laufenden Revision des kantonalen Richtplans sei übrigens nach der Verabschiedung dieser Weisung im Stadtrat praktisch die gleiche Fläche als Freihaltegebiet vorgeschlagen worden. Damit seien – immer vorausgesetzt, dass der Regierungs- und Kantonsrat der Richtplan-Revision zustimme – die Chancen sehr gut, dass diese vorgesehenen Änderungen der Bau- und Zonenordnung auch vom Kanton bewilligt würden. Die politische Gemeinde hätten ja bekanntlich nur Antragsrecht, bewilligt werde alles erst im Kanton. Dies gelte für sämtliche Änderungen der Bau- und Zonenordnung. Damit sei auch klar, dass der Minderheitsantrag der Raumplanungskommission im kantonalen Amt noch grosse Überzeugungsarbeit benötigen würde. Auch wenn dieser Antrag, je nach politischer Ansicht, durchaus begründbar sei.

Die Gemeinderäte seien nun gefordert, die richtige Entscheidung zu treffen. Er bitte den Rat den stadträtlichen Anträgen 1-4 der Weisung 9 zuzustimmen.

**Michael Vogt, CVP**, teilt mit, dass die CVP allen Punkten der Weisung 9 zustimme und zwar aus folgenden Gründen: Es sei ihnen ein Anliegen, dass der Stoffel grün bleibe. Sie befürworten den Kompromiss mit dem Grundeigentümer, mit der Umzonung am Rande des Stoffels. Man wolle eine Industriezone für heimische Gewerbe im Neubüel – beides zusammen gehe nicht. Es gebe wichtigere Reservezonen, die bereits heute teilweise erschlossen seien, die einen grösseren Stellenwert als der Stoffel haben, zum Beispiel die Steinacherstrasse.

Darum sei die CVP für Eintreten und Zustimmung zur Weisung 9.

**Gemeinderatspräsident Tobias Mani** erklärt, dass Peter Schuppli vor der Sitzung das Büro angefragt habe, ob er ein Plan zu seinem Votum verteilen könne. Das Präsidium habe dies bewilligt.

**Peter Schuppli, FDP**, meint, dass die vorliegende Weisung für Bürgerinnen und Bürger mit Weitblick in der vorliegenden Form auf keinen Fall zu akzeptieren sei. Man staune, dass gerade ein Stadtrat, der seine Optik etwas weiter als nur bis zur Gegenwart richten sollte, solch eine Weisung ins Parlament bringe. Allenfalls könnte man als Gemeinderat noch Hand bieten zum Gegenvorschlag des Stadtrats, und das in der Weisung mit A und B markierte Gebiet bereits jetzt umzonen. Aber für einen Antrag, den ganzen Rest des fraglichen Gebietes im Stoffel als Reservezone aufzugeben, sei ganz und gar kein Verständnis aufzubringen. Warum?

Erstens zeuge es von wenig Weitsicht, wenn der Stadtrat ohne nachvollziehbaren Zwang Land aus der Reservezone in eine Freihaltezone umzonen möchte. Alle wissen, dass so ein Schritt nicht reversibel, also nicht umkehrbar sei. Zeugt das von Weitsicht und langfristiger Planung? Er meine: Nein. Das Argument von einem möglichen Landabtausch im Neubüel steche nicht. Zum einen, weil diesbezüglich keine Verbindlichkeit von Seiten des Kantons bestehe – es fehle die Genehmigung der kantonalen Richtplanrevision. Zum anderen, weil man sich in Wädenswil eine wichtige Türe für künftige Entwicklungsmöglichkeiten schliessen würden. Denn wenn diese Reservezone zur Landwirtschafts- und/oder Freihaltezone erklärt worden sei, sei das ein "fait accompli" und könne kaum mehr in eine Reserve- oder Bauzone zurückgeführt werden.

Abgesehen von einem so einschneidenden Schritt in die Raumplanung, das dümmste Zitat stamme von einer früheren Stadträtin in Zürich, die einmal gesagt habe "Die Stadt ist gebaut", seien die finanziellen Folgen nicht ausser Acht zu lassen. Zum besseren Verständnis bitte er den Rat, den verteilten Übersichtsplan zur Hand zu nehmen. Rot umrahmt seien die Grundstücke, welche die Stadt in den Jahren 1976 bis 2000 von verschiedenen Grundstückbesitzern erworben hätte. Die Preise hätten zwischen Fr. 15.-- pro Quadratmeter für Wald und Bach bis Fr. 140.-- pro Quadratmeter für Land, das 1990 von den Erben Hofmann erstanden, variiert. Für das 1984 von der damaligen Immobilienfirma Mobag erworbene Grundstück seien Fr. 3.04 Mio. bezahlt worden.

Insgesamt hätte sich die Stadt für die auf dem Plan rot umrahmte Fläche Fr. 10.3 Mio. bezahlt. Mit Zins und Zinseszins aufgerechnet sei der Betrag heute um einiges höher. Man sehe, dass die Stadt erst im Besitz von rund der Hälfte des Landes sei, genau 96'172 m<sup>2</sup>, von insgesamt 193'000 m<sup>2</sup>. Die andere Hälfte sei nach wie vor im Besitz privater Grundstückseigentümer. Denen müsste die Stadt entweder ein Kaufangebot machen, oder sich bereit erklären, eine Entschädigung für den Minderwert zu bezahlen, welcher durch die Umzonung resultiert, oder ein Enteignungsverfahren einleiten, mit ungewissem Ausgang. Denn er könne sich nicht vorstellen, dass sich die Grundeigentümer das stillschweigend und tatenlos gefallen liessen. Erstaunt sei er, dass etliche Fraktionen trotz diesen zahlreichen Ungewissheiten diese Weisung unterstützen. Darunter zu seiner grossen Überraschung auch eine Fraktion, die sich mit Nachdruck und immer wieder für günstigen Wohnraum einsetze. Aber sorgen nicht die genau gleichen Kreise mit ihrer Unterstützung von der vorliegenden Wei-

sung dafür, dass das bebaubare Land noch knapper werde und der Preis für das restliche bebaubare Land dadurch noch stärker steige? Müssten nicht all jene, die für günstigen Wohnraum eintreten, sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das Reserveland als Reserveland für spätere Generationen erhalten bliebe? Müssten jene nicht dafür sorgen, dass Wohnbaugenossenschaften später Gelegenheit hätten, im Stoffel Wohnungen zu erstellen, welche für Familie mit Kindern zahlbar sind? Wenn sie das mit einer Umzonung in Freihaltezone verhindern, sei ihr Motto "günstiger Wohnraum für alle" nichts mehr als eine leere Worthülse. Denn nochmals: Je knapper ein Gut, desto höher sein Preis. Und mit dieser Umzonung würde man das bebaubare Land noch verknappen, was bedeute, dass die Landpreise in Wädenswil noch schneller und stärker steigen würden als bisher. Wer diese simple Formel nicht begreife, sei selber schuld. Im Grunde genommen müsste man die ganze stadträtliche Weisung ablehnen, weil sie wesentliche Informationen nicht enthalte, wie zum Beispiel, welche Grundstücke noch in Privatbesitz seien, was die Konsequenzen bei einer Enteignung wären und was die finanzielle Folge von der beantragten Umzonung für die Rechnung der Stadt im wahrscheinlichsten, aber auch im schlimmsten Fall sein könnte.

Weil jedoch gemäss Weisung gesetzliche Vorschriften einzuhalten sind, müssen sie trotz den erwähnten erheblichen Mängeln der Weisung heute Stellung beziehen. So sei zumindest der Minderheitsantrag der Raumplanungskommission zu unterstützen.

**Albert A. Stahel, GLP**, teilt mit, dass er es sich nicht anmasse so intelligent zu reden, wie es die Vorredner getan hätten. Boden würde er niemals als Gut bezeichnen, denn Boden sei effektiv knapp. Sie von der GLP unterstützen die Initiative, seien aber bereit die Weisung 9 als Kompromisslösung zu akzeptieren. Den Minderheitsantrag lehnen sie ab, denn bei einer Annahme würde alles beim Alten bleiben und sie seien der Meinung, dass der Stoffel als Naherholungsgebiet unbedingt erhalten bleiben müsse.

**Heinz Wiher, GP**, führt aus, wenn man den bürgerlichen Politikern zuhöre, habe man das Gefühl man müsse den Stoffel einfach nur einzonen und schon werden Mietzinsen in Wädenswil sinken und jeder könne sich das schönste Haus leisten. Dies sei nicht so. Der Boden bleibe in Wädenswil und allgemein am linken Seeufer knapp, ob man den Stoffel nun einzone oder nicht. Das habe überhaupt nichts mit den Wohnungspreisen und deren Entwicklung zu tun. Boden sei so oder so ein knappes Gut.

Mehrmals an diesem Abend sei schon gesagt worden, der Stadtrat habe keinen Weitblick. In seinen Augen habe der Stadtrat eben genau diesen Weitblick, er schaue nicht nur bis ins Architekturbüro sondern ein bisschen weiter. Weitblick heisse, dass man der Landschaft Sorge trage und dass man auch an Grünzonen denke, die für ältere Menschen ohne Verkehrsmittel zu Fuss erreichbar seien. Wenn man Wädenswil bis zur Autobahn hin zubaue – was die Konsequenz daraus sei – sei dies nicht die Zukunft die er sich für Wädenswil wünsche. Er wünsche sich etwas anderes und er sei sich sicher, dass er näher an der Realität sei, was in Wädenswil gebaut werde oder eben nicht, wie gewisse Bürgerliche, die sich im Stoffel ein Villen-Viertel wünschen. Was ihm gefallen habe sei, dass sehr viel von billigen oder günstigen Wohnraum gesprochen worden sei. Er stelle fest, dass dieses Thema nun auch bei den bürgerlichen Parteien angekommen sei. Günstiger Wohnraum brauche es und

zwar heute und nicht erst in 20 Jahren, wenn man beschliesse den Stoffel zu überbauen. Schon beim Tiefenhof haben die bürgerlichen Parteien die Möglichkeit gehabt zu zeigen, wie wichtig ihnen günstiger Wohnraum sei. Für preiswerten Wohnraum in Wädenswil brauche es staatliche Rahmenbedingungen. Er sei froh, habe man die Möglichkeit darüber abzustimmen. Die Grünen setzen sich für den grünen Stoffel ein und er sei sicher, dass sie diese Abstimmung gewinnen werden.

**Jonas Erni, SP**, führt aus, dass pro Sekunde in der Schweiz 1 m<sup>2</sup> grünes Land überbaut werde und jetzt wollen die bürgerlichen Politiker in Wädenswil den Stoffel zubauen. Wenn dort Wohnungen entstehen sollten, dann seien dies Luxus-Villen oder mindestens Wohnungen im hohen Preissegment, aber bestimmt keine günstigen Wohnungen für Familien. Da sich diese Partei nun für günstigen Wohnraum einsetze, was ja in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sei, fordere er die SVP auf, gemeinsam mit der SP ein Vorstoss einzureichen betreffend günstigem Wohnraum – aber sicher nicht im Stoffel. Die grüne Erholungslandschaft im Stoffel möchten sie unbedingt erhalten und setzten sich darum dafür ein.

#### **Abstimmung zum Eintreten:**

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 9 betreffend Volksinitiative "Der Stoffel bleibt grün"

#### **Detailberatung:**

**Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner**, möchte aufgrund des Votums der FDP zwei Sachen klarstellen. Das langfristige Ziel sei nicht grenzenlos zu wachsen, sondern auch für die Kinder und Kindeskiner ein wohnliches Wädenswil zu erhalten. Dies erreiche man nicht, wenn alles zugepflastert werde. Zum Weiteren sei von Enteignung und Entschädigung gesprochen worden. Reservezonen, so sei es aus dem Bundesgerichtsentscheid zu entnehmen gewesen, gebe kein Anrecht auf Entschädigung, wenn dies in eine Landschaft- oder Freihaltezone umgezont werde. Er behaupte, die Entschädigungen in diesem Falle würde nicht stattgegeben werden. Und eine Enteignung stehe gar nicht zur Debatte.

**Simon Kägi, GP**, teilt mit, dass es ihn erstaune, dass es für die Eintretensdebatte so viele Details brauche, denn fürs Eintreten seien schlussendlich alle gewesen. Der Stoffel sei ein elementares und wertvolles Naherholungsgebiet für die Wädenswiler Bevölkerung. Wie Heinz Wiher bereits gesagt habe, sei der Standort optimal und er sei ein wichtiger geographischer Unterscheidungsgürtel der Ortsteile Wädenswil und Au. Er denke es sei wichtig, dass auch für die Identität der einzelnen Ortsteile diese Grenze bleibe. Sie setzen sich auf breiterer Ebene dafür ein, dass die bestehenden Reservenzonen in Wädenswil nicht überbaut werden. Genügend Grünflächen seien in Wädenswil in den letzten Jahren überbaut worden und das Schicksal soll dem Stoffel definitiv verwehrt bleiben. Auch er sei über die

SVP und den günstigen Wohnraum erstaunt und ehrlich gesagt würde es ihn an diesem Abend nicht erstaunen, wenn die SVP sogar den Atomausstieg plane.

Der Gegenvorschlag sei sorgfältig erarbeitet worden, es sei ein Kompromiss und aus taktischen Gründen werden sie für den Gegenvorschlag sein. Der geplante Landabtausch von A und B mache Sinn, sie hätten es zwar lieber gehabt wenn die gesamte Fläche grün geblieben wäre, aber der kleine Wermutstropfen schlucken sie gern.

Er sei sicher, seine Enkel werden stolz sein, seinen Namen im Jahrbuch 2011 zu lesen, dass ihr Grossvater sich für den grünen Stoffel eingesetzt habe.

**Adrian Stocker, SVP**, findet man soll auch aus Sicht der Landwirtschaft etwas sagen. Im Neubüel gäbe es die besseren Böden um Nahrungsmittel zu produzieren und die schönere Flächen als im Stoffel. Darum müsse er als Bauer eher sagen, opfere man lieber den Stoffel. Wenn man die Parzellen im Stoffel genau anschau, grenze jede Parzelle an einer Seite an eine Wohnzone und dort entstehen Konflikte. Wenn zum Beispiel am Abend noch gearbeitet werden müsse von Bauern, vielleicht mit Naturdünger, der gewisse Geruchsemissionen mit sich bringe. Was im Neubüel kein Problem gewesen wäre im Vergleich zum Stoffel. Und darum sei er der Meinung, dass man lieber den Stoffel opfern soll, als im Neubüel die schönsten Landwirtschaftsflächen.

**Schlussabstimmung über Gültigkeit der Initiative:**

Der Rat stimmt einstimmig für die Gültigkeit der Initiative "Der Stoffel bleibt grün"

**Schlussabstimmung Gegenüberstellung Mehrheitsantrag – Minderheitsantrag (mit Stimmzähler):**

Der Antrag der Kommissionsmehrheit welcher dem stadträtlichen Antrag entspricht wurde mit 17:14 Stimmen angenommen.

**Schlussabstimmung über Gegenvorschlag:**

Der Rat stimmt grossmehrheitlich für den Gegenvorschlag.

**Schlussabstimmung Empfehlung ans Volk betreffend Annahme der Initiative (mit Stimmzähler):**

Der Rat lehnt eine Annahmeempfehlung an das Stimmvolk mit 21:5 Stimmen ab.

**Schlussabstimmung über Urnenabstimmung (Vorbehältlich des Rückzugs der Initiative):**

Der Rat stimmt einstimmig der Urnenabstimmung betreffend Volksinitiative "Der Stoffel bleibt grün" zu.

36.03.10

**8. Interpellation von Daniel Tanner, SP, vom 30. November 2010, überwiesen am 24. Januar 2011, betreffend Unterführung Bahnhof Wädenswil Süd; Beantwortung**

**Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser**, teilt mit, dass es sich bei der Interpellation um die südliche Unterführung handle. Dass die Sicherheitssituation bei der Süd-Unterführung am Bahnhof unbefriedigend sei, müsse nicht länger begründet werden. Das Empfinden von Daniel Tanner entspreche durchaus auch demjenigen des Stadtrats.

Wie sie aus der Beantwortung lesen können, sei aber leider die SBB Eigentümerin der gesamten Anlage und damit auch verantwortlich für deren Sicherheit. Nicht das sie sich als Stadtrat damit aus der Verantwortung ziehen wollten, aber die Schwierigkeit von Massnahmen werde erkennbar. Auch die nüchterne Sicherheitseinschätzung aus der Feder der SBB könne der Stadtrat nur schwer nachvollziehen. Tatsache sei, dass die SBB Werkeigentümerin und damit auch Bauherrin eines allfälligen zusätzlichen Treppenaufgangs wäre. Der Stadtrat könne die SBB nicht nötigen, Massnahmen zu treffen. Er könne lediglich das Anliegen kundtun und allenfalls Bereitschaft zeigen, sich an den Kosten zu beteiligen. So hat an der Stadtratssitzung vom 16. Mai 2011 ein erneutes Gespräch mit der SBB stattgefunden, wobei nebst anderen Anliegen auch dieses zur Sprache gekommen sei.

Er bitte den Interpellanten, noch etwas Geduld mit dem Stadtrat und vielleicht auch mit der SBB zu haben, ob eine Massnahme getroffen werde.

**Daniel Tanner, SP**, teilt mit, dass er sich beim Stadtrat für die seriösen Abklärungen und der Kontaktaufnahme mit der SBB bedanke. Mit der stadträtlichen Antwort fühle er sich in seinem Anliegen ernst genommen. Er sei froh, dass die Stadt dran bleiben werde. In einem halben Jahr werde er sich erlauben, sich beim Bauvorstand Heini Hauser nach dem hoffentlichen Fortschritt zu erkundigen. Sollten die Verhandlungen mit den SBB keine Bewegung in die Sache bringen, möchte er noch einen Joker auf den Weg mitgeben. Als absolutes Minimum würde er immerhin einen kleinen Fortschritt darin sehen, wenn die Treppe in der Unterführung unten mit einem Dreieck erweitert werden würde. So, wie es auch bei der andern Unterführung mit Lift gemacht worden sei.

**Die Interpellation betreffend Unterführung Bahnhof Wädenswil Süd gilt als erledigt und wird abgeschrieben.**

08.03.20

**9. Postulat der GP-Fraktion, vom 24. März 2011, betreffend Strom ohne Atom; Begründung**

**Heinz Wiher, GP**, teilt mit, dass endlich wieder Bewegung in die Energiepolitik komme. Vor zehn Tagen habe der Bundesrat den Atomausstieg bekannt gegeben. Eigentlich könnten die

Grünen jetzt sagen "Freude herrscht", aber der Auslöser zu diesem Beschluss, die Katastrophe im japanischen AKW Fukushima, habe viel menschliches Leid ausgelöst und stimme ihn eher nachdenklich und traurig.

Damit der Atomausstieg auch wirklich gelinge und nicht in eine Stromabhängigkeit vom Ausland führe oder zum Bau von vielen CO<sub>2</sub>-Produzierenden Kraftwerken im Inland, müsste man heute mit der Umorientierung in der Stromwirtschaft beginnen. Dabei seien alle Partner gefordert, sowohl die grossen Elektrizitätswerke, die Netzbetreiberin Swissgrid und auch die Politik auf Ebene Bund, Kanton und Gemeinde. In der Politik werde auf der Stufe des Bundes die Rahmenbedingungen vorgegeben (z.B. die Zusammensetzung des Kraftwerkparcs und die Richtlinien für die kostendeckende Einspeisevergütung), auf Stufe Kanton werde das Energiegesetz erlassen und die Gemeinden könnten mit energetischen Sanierung der eigenen Gebäude und durch den Bau von Kleinkraftwerken einen wichtigen Beitrag leisten, um den Ausstieg aus der Atomkraft zu ermöglichen.

Eines sei heute schon klar: Nur wenn alle Beteiligten ab sofort mit der konsequenten Steigerung der Energieeffizienz und mit der Förderung von erneuerbaren Energien starten würden, könnte man in 20 Jahren auf die Atomenergie verzichten. Deshalb würden sie den Stadtrat mit dem vorliegenden Postulat einladen zu prüfen, wie auf kommunaler Ebene die Energieeffizienz der öffentlichen Gebäude gesteigert werden könne und wie lokale Stromproduktionsquellen fördern könnte.

Folgende Punkte sollten dabei durch den Stadtrat geprüft werden:

Bei allen öffentlichen Gebäuden soll bei einem Neu- oder Umbau nicht nur im Heizenergieverbrauch, sondern auch im Stromverbrauch das Minergie label angestrebt werden. Momentan sei der Umbau der Bibliothek mit dem Minergie label und ihm sei zu Ohren gekommen, dass man es beim Strom nicht so genau nehme. Dies sei ein schlechtes Zeichen. Wenn man Minergie baue, dann berücksichtige man dies bei der Heizenergie und der elektrischen Energie. Der Stadtrat sei gefordert, dies zu ändern.

Die öffentlichen Gebäude inklusive Schulen sollten auf ihr Energiesparpotenzial untersucht werden. Für die Grünen stehe dabei eine Zusammenarbeit mit der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) im Fokus. Die Energieagentur habe mit dem KMU-Modell ein Energiesparprogramm erarbeitet, bei dem der Auftraggeber in mehrfacher Hinsicht profitieren könne: Er profitiere von den tieferen Energiekosten und könne auch von der CO<sub>2</sub>-Abgabe dispensiert werden. Das KMU-Modell lege bei den Massnahmen ein starkes Gewicht auf die Wirtschaftlichkeit, zuerst gelte es die Punkte mit kurzen Payback-Zeiten zu realisieren. Über 2'000 KMUs in der Schweiz hätten mit der Energieagentur ein Energieziel vereinbart und so neben Energie auch viel Geld gespart. Vor einem halben Jahr habe er in einem kleinen Projektteam seines Arbeitgebers, ein KMU mit 160 Mitarbeitenden in Zürich, zusammen mit der EnAW Energiesparpotenzial untersucht und sie seien fündig geworden: Diverse Massnahmen mit kurzen Paybackzeiten seien bereits umgesetzt, grössere Massnahmen würden in die kommenden Budgets seiner Firma einfliessen. Abklärungen der Grünen hätten ergeben, dass die EnAW diese Dienstleistung auch für Organe der öffentlichen Hand anbiete. Gerne sei er bereit, dem Stadtrat bei der Kontaktaufnahme behilflich zu sein. Bei grossen öffentlichen Heizanlagen soll in Zukunft geprüft werden, ob mit einer Wärmekraftkopplung (WKK) auch Strom produziert werden könne. Bereits heute – und in Zukunft noch vermehrt – werde es Heizanlagen geben, die nicht nur Wärme, sondern auch noch die höherwertige Energie

Strom produzieren. Mit dem Heizkraftwerk Aubrugg hätten sie kürzlich einen imposanten Einblick in eine Grossanlage bekommen, welche Strom für 10'000 Haushalte produziert. Heute gäbe es aber auch bereits Wärmekraftkopplungen für Einfamilienhausheizungen, wobei auch bei der WKK gelte, je grösser die Anlage und je mehr Wärmebezüger in naher Umgebung angeschlossen würden, um so wirtschaftlicher könne sie betrieben werden.

In Wädenswil habe es noch viele gestaute und kanalisierte Gewässer; die Grünen wünschten sich vom Stadtrat eine Prüfung, welche Gewässer, ohne grosse Kunstbauten und mit wenig negativen Auswirkungen auf die Landschaft zur Stromproduktion genutzt werden können. Ein gutes Beispiel sei kürzlich auf privater Basis im Bachgaden erstellt und am 10. Dezember 2010 eingeweiht worden.

Nicht vergessen dürfe man die Stromproduktion mit Solarzellen, welche in den letzten Jahren markant preiswerter geworden seien. Auch die Stadt könne solche Solaranlagen bauen und dank der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) liessen sich Solaranlagen heute rentabel betreiben. Die Stadt Wädenswil soll prüfen, welche Gebäude sich zur Stromproduktion eignen und entsprechende Projekte umsetzen. Speziell geeignet seien sicher Schulhäuser, so könnten die Jugendlichen die Möglichkeiten von solarer Stromerzeugung vor Ort erfahren.

Er komme zum Schluss: Die Kernenergie sei für Jahrzehnte keine Option mehr, weil sie politisch chancenlos sei. Rund 2/3 der Schweizerinnen und Schweizer lehnen heute den Bau von neuen Atomkraftwerken ab. Man müsse heute beginnen Alternativen voranzutreiben, damit genügend Strom vorhanden sei, wenn in rund zehn Jahren die AKWs Mühleberg und Beznau vom Netz gingen und die Lieferverträge für Atomstrom aus Frankreich auslaufen. Wolle man in Zukunft nicht auf CO<sub>2</sub> produzierende Kraftwerkparke oder Stromimporte angewiesen sein, so müsse man heute beginnen in die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien zu investieren. Beide Massnahmen könnten unserem Land einen Technologievorsprung verschaffen und brächten dem Gewerbe willkommene Aufträge. Solange in Wädenswil städtische Gebäude saniert würden, und dabei die Elektrowiderstandsheizung nicht ersetzt würde, wie dies gerade aktuell beim Schiessstand passiere, so lange sei der Stadtrat leider noch nicht im neuen Energiezeitalter angekommen. Er bitte deshalb mit der Überweisung dieses Postulats der Exekutive, immerhin die Regierung einer Energiestadt, die notwendige Unterstützung zu geben, damit auch die öffentliche Hand in Wädenswil einen Beitrag zum Ausstieg aus der Atomenergie leisten könne.

**Stadtrat Finanzen Paul Rota**, teilt mit, dass der Stadtrat bereit sei das Postulat entgegenzunehmen. Es entspreche im weitesten Sinne auch den Ideen des Stadtrats und es sei ein wichtiges Thema und bestimmt keine Modeerscheinung. Er glaube auch, dass Wädenswil in diesem Bereich bereits aktiv sei, auch als Energiestadt. Er hoffe, dass letztendlich auch die Erhebungen und die Nachforschungen in diesem Sinn auf Verständnis im Rat bei der Budgetdebatte für gewisse Mittel finde und Einzug haben könne, diese Mittel auch bereit zu stellen. Auf der anderen Seite – man erlaube ihm diesen Satz – wenn man mit dem täglichen Verhalten sich zum Ziel setze, Energie zu sparen, würde das positive Auswirkungen haben. Er denke es sei noch ein langer Weg zur Umweltverträglichkeit des Lebensstils. Man müsse es umgekehrt anpacken und den Lebensstil der Umwelt anpassen.

**Abstimmung über Diskussion:**

Der Rat stimmt grossmehrheitlich für die Diskussion.

**Albert A. Stahel, GLP**, führt aus, dass die GLP das Postulat unterstütze, allerdings mit einer kleinen Fussnote. Sie hoffen schwer, dass das Ziel die Energieeffizienz sei und nicht einfach noch ein Label zusätzlich zu haben, dass man weiter verfolgen müsse.

Zu Recht seien die französischen AKWs erwähnt worden, man müsse Acht geben, dass man hier nicht in eine Situation gerate, dass die auslaufenden Verträge erneuert werden müssen.

Astrid Furrer verlässt den Bock.

**Astrid Furrer, FDP**, erklärt, dass es sich sicher lohne, das Potenzial an Energiesparmassnahmen im Gebäudebereich zu prüfen. Es sei ein Anliegen, das die FDP schon seit Jahren – zum Beispiel auch mit der Lancierung der erfolgreichen Gebäudesanierungsinitiative – unterstütze.

Die angestrebte Lösungen müssen sowohl den wirtschaftlichen Interessen als auch den Anliegen des Umweltschutzes gerecht werden. Energieeffizienz sei schon seit Jahren aus Kosten- und Imagegründen ein Thema bei den KMUs. Wenn auch die Gemeinden mitziehen, sei das sinnvoll. Die Energieeffizienz aber deshalb mit den Vorfällen in Japan zu propagieren, wie es die Grünen machen, finden sie geschmacklos und zynisch, und man bitte zukünftig darauf zu verzichten.

Sie bitten die Grünen auch, konsequenterweise künftig auf Einsprachen zu verzichten, wenn es um neue Wasserkraftwerke, Erhöhung von Staumauern, Sonnenkollektoren auf Feldern oder Bergen und Windkraftwerke gehe. Heinz Wiher habe vorher bei der Debatte um den Stoffel gesagt, dass den Grünen die Landschaft wichtig sei. Sie denken aber es sei auch hier ein Geben und ein Nehmen und man könne einfach nicht den "5er und das Weggli" haben. Als Beispiel, im April 2011 seien nämlich von 800 Gesuchen für Wasser- und Windkraftwerke noch 500 Rekurse von Umweltverbänden hängig.

Die FDP sei für die Überweisung des Postulats.

Astrid Furrer nimmt wieder auf dem Bock Platz.

**Ivano Coduri, SVP**, teilt mit, dass er eine Bemerkung zu Heinz Wihers Ausführungen machen möchte. Die Stadt Luzern sei bereits im Besitz des Goldlabels. Beim Umbau eines Schulhauses mussten Fotovoltaik-Panellen auf das Dach montiert werden, welche einen Wirkungsgrad von ca. 40% erreichen und Mehrkosten von Fr. 200'000.-- bis Fr. 300'000.-- erzeugten, damit das Label eingehalten werden konnte. Er frage sich, wo da die Kosten-Nutzenrechnung sei. Auf der einen Seite würde man Strom sparen, was durchaus Sinn mache, aber zu welchem Preis?

**Ivo Peyer, BFPW**, verkündet, dass dieses Postulat sehr nahe an das Postulat des Forums vom 9. November 2010 betreffend energetischer Sanierung/Renovation der städtischen Liegenschaften komme. Das BFPW unterstütze dieses Postulat in dem Sinne, dass es als Ergänzung zum eigenen Postulat angesehen werden könne, und hoffe, dass auch aus diesem Postulat Inputs in die verlangte Matrix einfließen werden.

**Adrian Stucki, GP**, möchte noch etwas zum Votum von Astrid Furrer sagen. Für ihn sei es genau so geschmackslos gewesen, jahrelang die Atomenergie als die "Super-Energie" zu verkaufen und die Gefahren und die Risiken zu verstecken. Das habe er als Grüner jahrelang hinnehmen müssen, darum dürfen sie – und er werde sich dies auch vorbehalten – auch in Zukunft über Fukushima zu sprechen.

**Das Postulat betreffend Strom ohne Atom gilt als an den Stadtrat überwiesen.**

20.03.10

**10. Interpellation SVP Wädenswil, vom 25. März 2011, betreffend Wegzug BASF; Begründung**

**Christina Zurfluh, SVP** teilt mit, dass mit dem angekündigten Wegzug der BASF Wädenswil einen grossen Arbeitgeber verliere. Attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze würden wegfallen. Damit Wädenswil nebst Bildungs- und Energiestadt weiter punkten könne, brauche es ein vielschichtiges und potentes Gewerbe. In diesem Zusammenhang würden sie folgende Fragen an den Stadtrat richten.

Was unternahme der Stadtrat für den Erhalt dieser Arbeitsplätze? Wie viele Arbeitsplätze werden noch verloren gehen? Wie hoch werden die Steuerausfälle durch den Wegzug sein? In welchem Zustand befinde sich das bekannte und berühmte Gebäude? Solle die BASF trotz allen Anstrengungen wegziehen, wie könnte das Gebäude anderweitig wieder für hochwertige Arbeitsplätze genutzt werden?

**Die Interpellation der SVP Wädenswil betreffend Wegzug BASF geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

08.08.10

**11. Postulat der GP-Fraktion, vom 11. April 2011, betreffend Energiestadt Gold; Begründung**

**Adrian Stucki, GP**, teilt mit, dass im Jahr 2010 die Stadt Wädenswil das Label der Energiestädte überreicht bekommen habe und in die bereits sehr umfangreiche Liste der Energiestädte aufgenommen wurde. In der Zwischenzeit sei bereits einiges gemacht worden. Beispiele dafür seien der Mobilitätstag oder der Wärmeverbund Untermosen, welcher Energie für das Hallenbad, das Altersheim und andere Gebäude spendet. Hier ein Lob an die Stadt

Wädenswil, an die Energiegruppe und ihre Mitarbeiter, welche sich für die Energiestadt engagieren und einen tollen Job machen.

Wädenswil sei gut – Wädenswil sei eine Energiestadt. Aber genüge es heute in Beziehung auf Energie gut zu sein? Er habe es im Postualtext erwähnt: Die Schweiz lebe auf grossem Fuss, mit 6'300 Watt energetischer Dauerleistung pro Einwohner/-in sei der Energieverbrauch viel zu hoch. Diese energetische Leistung könne man sich so vorstellen: Pro Person brennen 63 Glühbirnen zu 100 Watt rund um die Uhr – 8'760 Stunden pro Jahr. Global nachhaltig sei pro Person 2'000 Watt mittlere Leistung. Die 2'000-Watt-Gesellschaft sei ein langfristiges Ziel – eine Aufgabe für mehrere Generationen. Wenn das Ziel tatsächlich erreicht werden soll, müsse man heute konkrete und zielführende Massnahmen umsetzen.

Ausserdem müsse er wohl nicht erwähnen, dass all die Atom-Ausstiegsinitiativen den Druck mit Recht erhöhen. Aber wie gesagt, nicht nur auf der Einnahmeseite müsse etwas gemacht werden. Wichtig, ja vielleicht sogar wichtiger sei die Ausgabenseite. Hier sei jeder Einzelne gefordert und könne und müsse in Zukunft einen Beitrag leisten. Ein wichtiger und richtiger Schritt in diese Richtung sei das Erreichen des Labels Gold als Energiestadt. Die Stadt Wädenswil habe bereits über 50% der möglichen Massnahmen als Energiestadt erreicht. Für das Gold-Label wären 75% von Nöten. Auf der Internetseite der Energiestadt könne man nachlesen, welche Massnahmen umgesetzt werden müssen. Dort stehe auch unter der Rubrik Label Gold: "Um Erfolg zu haben genügt es nicht gut zu sein, man muss zu den Besten gehören. Und hier setzt punkto Energie das Label: European Energy Award Gold an". Er sehe dies aber nicht so. Mit dem Gold-Label gehöre man nicht zu den Besten sondern man mache ein Schritt in die Richtung welche notwendig sei um zukünftigen Generationen nicht die Butter vom Brot zu nehmen. Früher oder später – wahrscheinlich eher früher – werde man nicht darum herum kommen diese Massnahmen umzusetzen. Seines Erachtens sei man auf dieser Welt nicht die Besitzer welche die Kuh melken können bis sie tot sei, sondern Mieter welche zum gemieteten Objekt Sorge tragen müsse, um es zukünftigen Mietern in ordnungsgemäsem Zustand übergeben zu können.

Und nicht nur die Umwelt, sondern auch Wädenswil könnte von diesem Label profitieren, denn das Anstreben der höchsten Auszeichnung der Energiestädte würde den Einwohnende und der örtlichen Wirtschaft zeigen, dass die Stadt Wädenswil an Morgen denke und eine Vorbildfunktion wahrnehme. Der Payback – denn ja, es würde etwas kosten – wäre sicher in Form von Imagegewinn und dadurch Standortförderung gegeben. Ausserdem würde sicher der eine oder andere Handwerkerauftrag anfallen und dadurch wäre auch ein wirtschaftliches Plus zu verzeichnen.

Darum möchten sie dem Stadtrat den Auftrag geben zu prüfen, ob und in welchem Zeitraum er dieses Label anstrebe.

**Stadtrat Werke Ernst Brupbacher**, führt aus, dass der Stadtrat bereit sei zur Entgegennahme und zu prüfen, was es heisse, wenn man aufs Ziel Energiestadt Gold hinarbeiten würde.

**Abstimmung auf Diskussion:**

Der Rat stimmt grossmehrheitlich für die Diskussion.

**Albert A. Stahel, GLP**, erklärt, dass sich die GLP der Stimme enthält. Sie seien nicht der Meinung, dass Wädenswil zwingend das Gold-Label anstreben müsse, da solche Übungen einen grossen, vor allem auf Show ausgerichteter Aufwand verursache. Weniger spektakulär, aber dafür nachhaltig seien Projekte wie das Postulat Strom ohne Atom, welches dann vielleicht langfristig auch zum Gold-Label führen können.

**Ivano Coduri, SVP**, teilt mit, dass die 6'300 Watt energetische Dauerleistung nicht nur der Strom sei den man brauche, sondern Dienstleistungen, Verkehr, Haushalt, Landwirtschaft, Industrie und verarbeitendes Gewerbe beinhalte. Um eine 2'000 Watt Gesellschaft anzustreben, heisse das man etwa 2/3 in allen Sektoren sparen müsse. Anhand eines Beispiels des Stromverbrauchs aus dem Jahre 2009 sehe man, dass Haushalt und Industrie und das verarbeitenden Gewerbe praktisch gleichviel Strom benötige. Bei den Haushalten, sei es 31.2%, was 17'920 GWh seien. Rechne man das um in eine 2'000 Watt Gesellschaft rede man danach von 5'973 GWh. Er frage sich, ob die Menschen zur heutigen Zeit bereit seien, einen solchen Rückschritt zu machen.

**Adrian Stucki, GP**, erklärt, dass die 2'000 Watt-Gesellschaft ein Ziel sei, dass längerfristig angestrebt werde und habe eigentlich nichts mit dem Energiestadtlabel Gold zu tun. Die Vorgaben seien nicht eine 2'000 Watt-Gesellschaft. Es sei nur ein Beispiel wie man zu dieser 2'000 Watt-Gesellschaft komme und das Energielabel Gold sei eine solche Massnahme.

**Das Postulat betreffend Energiestadt Gold gilt als an den Stadtrat überwiesen.**

04.03.24

**12. Postulat von Jonas Erni, SP, vom 15. Mai 2010, überwiesen am 7. Juni 2010, betreffend Landschaftsentwicklungskonzept (LEK); Beantwortung**

**Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser**, teilt mit, dass die Antwort des Stadtrats mit gerade mal 20 Zeilen doch etwas mager ausgefallen sei. Der Stadtrat habe aber die Energie bereits in die Umsetzung gesetzt. Jonas Erni habe gefordert, die notwendigen Schritte zu prüfen und ein LEK zu ermöglichen. Der Stadtrat habe sich an der Klausursitzung im Mai 2010 mit der zukünftigen Nutzungsstrategie nicht nur innerhalb des Siedlungsgebiets, sondern auch in der Landwirtschaftszone befasst. Dieses grösste Planungsgebiet in Wädenswil werde von vielen Nutzern beansprucht. Nebst der Landwirtschaft seien längst Freizeit- und Erholungsaktivitäten dazugekommen und auch der Naturschutz, die Jagdgesellschaft und verschiedene Sportler würden einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Um all diesen Interessen gerecht zu werden, sei beschlossen worden, im Sinne einer Raumentwicklungsstrategie auch ein eigentliches LEK, ein Landschaftsentwicklungskonzept zu prüfen. Im Laufe des vergangenen Winters sei zusammen mit einem dafür geeigneten Planer eine solche

Projektskizze erarbeitet worden. Diese sei im April vom Stadtrat genehmigt und deren Umsetzung beschlossen worden, sodass nun auch ein Beitragsgesuch an den Kanton gestellt werden könne.

Er habe diese Projektskizze als Vorabzug Jonas Erni zugestellt, der Rest der Gemeinderäte erhalte diese, wenn der Kanton zugestimmt und den Beitrag gesprochen habe. Auf die genauen Details der Projektskizze möchte er nicht näher eingehen, das würde zu weit führen. Soviel sei gesagt, dieses Konzept enthalte noch keine Massnahmen, es sei lediglich ein Planungsinstrument, das in den nächsten Jahren "päckchenweise" umgesetzt werden könne. Selbstverständlich sei auch die Mitarbeit als Gemeinderat möglich. Es gebe am 17. November 2011, um 17.30 Uhr einen Workshop für alle interessierten Einwohner von Wädenswil. Ein weiterer Workshop sei im Frühling 2012 geplant. Man sehe, dass der Stadtrat seine Kräfte primär für die Umsetzung des Postulats und nicht für die Beantwortung eingesetzt habe. Er hoffe, dass dies im Sinne des Postulanten sei, und er bitte den Rat deshalb, die Abschreibung dieses Vorstosses zu beschliessen.

**Jonas Erni, SP**, bedanke sich für die Beantwortung und die bereits erfolgte Lancierung des Projekts. Er freue sich sehr, dass das Postulat zur nachhaltigen und zukunftsgerichteten Landschafts- und Stadtentwicklung führen könne. Vier Punkte habe er noch, die er als wichtig erachte:

1. Einbezug der Bevölkerung. Es sei wichtig, dass das LEK bereit abgestützt sei.
2. Verkehrsplanung (Fuss- und Veloverkehr, ÖV)
3. Landschaft von wertvoller Bedeutung. Diese wertvollen Flächen für Naherholung und Ökologie erhalten.
4. Verdichtung im Stadtzentrum, dort wo es Sinn mache.

#### **Antrag auf Aussprache:**

Der Rat stimmt für die Aussprache.

**Adrian Stocker, SVP**, teilt mit, dass im Jahr 2003 ein Ansatz für ein LEK erarbeitet wurde, dort sei aber – wie im Bericht zu lesen gewesen sei – die Situation Landwirtschaft unklar gewesen und im Weiteren sei das Projekt wegen zu hohen Kosten sistiert worden. Sei das heute nun anders? Wie teuer ist das LEK? Im Bericht fehlen diese Angaben.

Auf der Projektskizze habe er gesehen, dass das LEK sich auf das Vernetzungsprojekt Wädenswil-Horgen abstütze. Dies sei vom Planungsbüro Schmitter umgesetzt worden. Genau mit diesem Planungsbüro haben seine Landwirtschaftskollegen und er sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Seiner Meinung nach, sei Herr Schmitter ein "Schlitzohr", hauptsächlich auf seinen eigenen Profit bedacht und versuche mit Unwahrheiten und Tricks sein Projekt in die richtige Richtung zu leiten.

Im Weiteren frage er sich, was mit denen sei, die nicht bereit seien beim LEK mitzumachen? Der Kanton habe die Vorgabe eines Pufferungstreifens um 150% erweiteret, und dies sei für einzelne Betrieb nicht erfüllbar. Es sei vielleicht auch ein Zufall, dass in der Rechnung der

Stadt Wädenswil 2010 das Budget vom Vernetzungsprojekt um 100% überschritten worden sei.

**Das Postulat betreffend Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) wird als erledigt abgeschrieben.**

33.03

**13. Postulat der EVP-Fraktion, vom 28. Januar 2010, überwiesen am 12. April 2010, betreffend Sicherheit Kreuzung Fuhrstrasse / Rotweg; Beantwortung**

**Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser**, teilt mit, dass mit dem Postulat der EVP-Fraktion ein altes Thema auf den Tisch komme. Bereits 2001 sei dieses Strassenstück diskutiert worden. Damals sei aber die Opposition gegen 30-Zonen noch sehr gross gewesen und der Stadtrat hätte den Rotweg mit 50 km/h signalisiert gelassen. In der Zwischenzeit sei die Kreuzung baulich verändert worden. Diese Anhebung der Fahrbahnfläche im Kreuzungsbereich habe bereits einiges für die Verkehrssicherheit beigetragen. Da der Rotweg aber als direkter Weg vom und ins Zentrum benutzt werde, sei das Tempo in beiden Richtungen zum Teil sehr hoch, vereinzelt bis gegen 60 km/h. Dies bewog den Stadtrat nicht nur die Kreuzung Fuhrstrasse/Rotweg, sondern die ganze Strecke des Rotwegs in die Überlegungen miteinzubeziehen. Da an mehreren Orten Fussgängerübergänge, teilweise ohne Sicherheitsraum vor dem Strassenübergang direkt auf den Rotweg führen, sei der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass einzig eine Signalisation von 30 km/h die Sicherheit der Schüler und Fussgänger erhöhen könne. Dies entgegen der Ansicht der Postulanten. Sie erachteten nämlich gemäss Begründung eine Reduktion der Geschwindigkeit nicht als sinnvoll. Er denke, dass gerade die Geschwindigkeit massgeblich zur Sicherheit beitrage und vor allem den Schweregrad von Verletzungen reduzieren könne.

Er hoffe, dass mit diesen beschlossenen und bereits umgesetzten Massnahmen die Anliegen der Postulanten erfüllt seien und bitte deshalb, die Abschreibungen dieses Vorstosses zu beschliessen.

**Rahel Sonderegger, EVP**, führt aus, dass die EVP/EDU-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung danke und sie sehr erfreut darüber seien, dass der Stadtrat dieses Thema gleich aufgenommen und umgesetzt habe. Er sei sogar weiter gegangen als sie gefordert haben, mit der Tempo-30-Zone, seien sie natürlich trotzdem einverstanden. Sie hoffen, dass durch diese Massnahmen die Kreuzung Fuhrstrasse / Rotweg endlich entschärft werde und dass die Verkehrsteilnehmer endlich merken, dass an dieser Kreuzung Rechtsvortritt herrsche.

**Das Postulat betreffend Sicherheit Kreuzung Fuhrstrasse / Rotweg wird als erledigt abgeschrieben.**

06.03.01

## 15. Einbürgerungen

Auf Antrag des Stadtrats und der Bürgerrechtskommission wird folgenden Personen das Bürgerrecht der Stadt Wädenswil, vorbehältlich der Genehmigung durch Bund und Kanton, erteilt:

**ALIU Azem**, geb. 7. April 1972 in Godanc i Poshtëm (Kosovo), mit seiner Ehefrau **Sahide, geb. Hasani**, geb. 20. Mai 1974 in Devetak (Kosovo) und ihrem Sohn **Lorik**, geb. 4. Dezember 2002 in Zürich ZH, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Im Staubeweidli 15

Einbürgerungsgebühr Fr 1'500  
Referent im Gemeinderat Ivo Peyer

**ASANI geb. Ismaili, Mirlinda**, geb. 5. Mai 1984 in Gjilan (Kosovo), verheiratet (mit Asani Sami, ist bereits Schweizer), kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Zugstrasse 101

Einbürgerungsgebühr Fr 1'500  
Referent im Gemeinderat Erich Schärer

**DOMINGUEZ LOSADA Jose Antonio**, geb. 21. Oktober 1980 in Bande (Spanien), ledig, spanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Aubrigstrasse 9

Einbürgerungsgebühr Fr 1'500  
Referent im Gemeinderat Albert A. Stahel

**GACAFERI geb. Zhuta, Hanife**, geb. 3. Oktober 1984 in Elezaj-Kaçanik (Kosovo), mit ihrem Ehemann **Avdi**, geb. 14. Mai 1979 in Decan (Serbien) und den Söhnen **Ideal**, geb. 10. September 2003 in Horgen ZH und **Aulon**, geb. 22. Juli 2009 in Horgen ZH, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seeguetstrasse 13

Einbürgerungsgebühr Fr 1'500  
Referent im Gemeinderat Erich Schärer

\*\*\*

**Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten Tobias Mani keine Einwände erhoben**

\*\*\*